

*Springer Erklärung des **Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V.** 2017*

Zur Bedeutung der politischen Bildung:

„Solidarität. Bewusstsein. Bilden“

Die Verunsicherung bei den Menschen in unserer Republik nimmt zu und prägt bei einem größer werdenden Anteil von abhängig Beschäftigten auch das Wahl- und Organisationsverhalten. Die Zustimmung zu einer rechtskonservativen bis reaktionären Partei oder die Angst, betriebliche Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen, sind unter anderem Anzeichen hierfür. Die steigende Verunsicherung liegt auch in einem unzureichenden Verständnis über die Funktionsweise unseres Gesellschaftssystems mit seiner Wirtschafts- und Sozialordnung begründet. Das ist wenig verwunderlich: Politische, wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und Globalisierung, globale Flucht und Vertreibung sowie Digitalisierung sind immer schwerer nachvollziehbar und schüren Ängste vor Veränderungen. Gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand für die Mehrheit der Menschen in unserem Land scheinen angesichts einer zunehmenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spaltung immer weniger realistisch. Statt sicherer Perspektiven und Aufstiegschancen ist der Abstieg in Armut für abhängig Beschäftigte, aber auch für Kleinunternehmer*innen jederzeit wieder möglich.

Nicht nur soziale und wirtschaftliche Ungleichheit

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dokumentiert die politische Ungleichheit in unserer Republik: Einkommensarme Menschen wünschen sich in einer Vielzahl von Fällen andere Entscheidungen in der Politik, als ihre besser verdienenden Mitbürger*innen. Dies gilt vor allem für die Außen-, aber auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Politische Entscheidungen stimmen tendenziell mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen überein. Gleichzeitig ist für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung oder sogar ein negativer Zusammenhang festzustellen. Was Bürger*innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, so der Bericht, hatte seit 1998 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. „In Deutschland beteiligen sich Bürger*innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schiefelage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass

ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.¹

Diesen Herausforderungen müssen sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie stellen:

Solidarität

Tatsächlich machen die Enthüllungen der Panama- und Paradise Papers deutlich, dass sich die Wirtschaftselite längst von dem Mörtel der Gesellschaft verabschiedet hat. Aber auch die Solidarität unter den abhängig Beschäftigten weicht – u.a. bedingt durch Betriebszergliederung, Plattformökonomie und härtere Konflikte - der Verbundenheit nur zum Unternehmen oder gar zum Standort. Der Zusammenhalt in demokratischen Organisationen verliert vielerorts an Bedeutung oder baut immer weniger auf sachlicher als auf personeller Grundlage auf. Es sind sogenannte „weiße Flecken“ der Mitbestimmung entstanden.

Solidarität wird erst konkret, wenn die Frage geklärt ist, mit wem gegen wen. Angesichts der Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt muss die Frage wieder und neu gestellt werden. Wenn jedoch grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch transnationale Konzerne und globale Wertschöpfungsketten notwendig wird, muss Solidarität längs dieser Strukturen – auch transnational – organisiert werden. Neben diesen neuen Solidaritätsketten müssen sozialwissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden. Da unterschiedliche Einstellungen und Interessen zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen vorhanden sind, bieten sich auch diese Bezugspunkte an. Wir brauchen Inseln neuer und erfahrbarer Solidarität. Denn Solidarität muss praktisch geübt und bewiesen werden – jeweils nach den eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie geistigen und sozialen Fähigkeiten.

Bewusstsein

Voraussetzung für praktische Solidarität ist, die eigene persönliche und gemeinschaftliche Stellung und den Charakter unserer Gesellschaft zu erkennen. Wir leben im Kapitalismus egal, ob im digitalen oder im Finanzmarktkapitalismus. Geprägt ist dieser Kapitalismus von habituellen Unterschieden und von

¹ Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Osnabrück 2. Juni 2016, S. 43.

Verteilungskonflikten, in dem die Unterdrückung von Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechten an der Tagesordnung stehen. Dies ist ebenso kritikwürdig wie Armut, Ressourcenverschwendung sowie die ständige Verschleierung der Systemprobleme und Sozialstrukturen.

Auf internationaler Ebene geschieht ähnliches, nur noch komplexer. Das Weltsystem wirkt durch die Überbetonung ethnischer und religiöser Konflikte noch bedrohlicher, weil es weniger rational ist. Ursachen und Erscheinungsformen werden gerne verwechselt und damit Zusammenhänge verschleiert. Nur selten werden sie so offenbar, wie durch rasante Gewinne der Modebranche in Mitteleuropa, die allein durch miserable Arbeitsbedingungen in Südostasien möglich sind.

Die Frage nach dem eigenen persönlichen und gruppenbezogenen Standort im kapitalistischen Weltsystem darf nicht unbeantwortet bleiben und ist Grundlage für ein neues politisches Bewusstsein. Dahin zu kommen, ist kein Automatismus, sondern erfordert eine Renaissance der politischen Bildung.

Bilden

Angesichts der zunehmenden Verunsicherung ist erste Pflicht der politischen Bildung, erklären zu können, was geschieht. Es geht um die Aufklärung über tatsächliche Ereignisse und begreifbare Zusammenhänge sowie wirkmächtige Personen, nicht um Promi-Geschichtchen oder "alternative facts". Darüber hinaus muss die Erkenntnis um die eigene und gruppenbezogene Position in den Verteilungskonflikten vermittelt werden, zu denen auch rivalisierende Welterklärungen gehören. Eine neutrale Haltung ist wirklich nicht möglich, sondern fataler Trugschluss.

Zu den wesentlichen Voraussetzungen, sich nicht ohnmächtig zu fühlen, gehört das Verständnis von demokratischen Aushandlungen in parlamentarischen Systemen sowie das Wesen unseres demokratischen und föderalen Sozialstaats u.a. der Mitbestimmung. Unabdingbar ist die Kenntnis der Stellung der Parteien, wie die Mütter und Väter des Grundgesetzes sie in unserer Verfassung verankert haben: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Art. 21 GG) Ebenso ist es für uns selbstverständlich, dass zum Verständnis unseres Sozialstaats das Wissen über Gewerkschaften gehört.

Kapitalismuskritik ist erst möglich, wenn man ihn versteht, d.h. Analysen über ihn nachvollziehen kann. Theorien sind nicht nur hierbei, sondern auch für die Einordnung von Fakten, unerlässliche Hilfen. Theoriefeindlichkeit ist der Anfang vom Ende der Gesellschaftskritik. Glücklicherweise bieten Geschichte und Gegenwart der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter*innenbewegung viele hilfreiche Ansätze.

Umsetzung

Orte der politischen Bildung sind vor allem Schulen und Hochschulen. Wir müssen jedoch eingestehen, dass die Kämpfe um emanzipatorische Schulformen und Lehrinhalte ein sehr langer steiniger Weg sind, verbunden mit massiven ideologischen Konflikten. Andererseits hat sich die Wirtschaftselite von einer solchen demokratischeren Gestaltung der Lehrinhalte mittels Eliteschulen und Hochschulen bereits entzogen.² Eine neue bildungspolitische Offensive muss demokratischere Orte der formalen Bildung und die Abschaffung von Privilegien zum Ziel haben.

Zu den leichter gestaltbaren Orten der politischen Bildung zählt die außerschulische, non-formale, Jugendbildung. Organisationen jugendlicher Selbstorganisation und Interessenvertretung müssen hierbei Vorrang haben. Jugendverbände sind Erziehungsinstitutionen, das heißt, gesellschaftliche Institution zur Sozialisation und Erziehung im Jugendalter. Die Förderung demokratischer Kinder- und Jugendverbände, vor allem deren Angebote in der politischen Bildung, müssen durch kommunale, Landes- und Bundeshaushalte gestärkt und massiv ausgebaut werden; nicht nur, aber insbesondere in Stadtteilen und Landesteilen mit hohen Graden an Benachteiligten.

Für die außerschulische Erwachsenenbildung gilt ähnliches. Deutschland hat sich 1976 völkerrechtlich verpflichtet, eine bezahlte Freistellung zum Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und politischen Bildung, sowie der gewerkschaftlichen Bildung einzuführen. Doch machen teilweise aufgrund von Repressalien lediglich zwei Prozent der abhängig Beschäftigten jedes Jahr von ihrem Recht auf Bildungsurlaub Gebrauch. Volkshochschulen und Bildungswerke müssen darum ihre Angebote für politische Bildung erhöhen und stärker bewerben können. Nahezu Jede*r muss von diesen öffentlichen Angeboten erreicht werden. Öffentliche Räume ohne Werbung für politische Bildung müssen der Vergangenheit angehören.

Die digitalen Medien müssen als Chance für politische Bildung genutzt werden. Hier können virtuelle Inseln für politische Bildung gebildet werden. Gerade viral können Inhalte weit verbreitet werden. Online-Tutorials oder -Testimonials sind hier die Stichworte.

Gewerkschaften und die sozialdemokratische Bewegung sind ebenfalls Orte außerschulischer Bildung. Eingedenk ihrer besonderen Verantwortung müssen beide ihre Anstrengungen in der politischen Bildung deutlich steigern. Die politische Bildung der Gewerkschaften und Sozialdemokratie muss dazu geeignet sein,

² vgl. Julia Friedrichs: Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von morgen, Hamburg 2008.

Ereignisse, Strukturen und Prozesse zu verstehen sowie Personen einordnen zu können. Unerlässlich sind dabei die Entstehung und das Funktionieren des Kapitalismus, die Geschichte und Organisationen der Arbeiter*innenbewegung sowie der Sozialstaat mit seinen Institutionen und Aushandlungsprozessen.

Verantwortung aufnehmen

Ausgangspunkt für politische Bildung ist die Erinnerungsarbeit. Durch die Erinnerung an wichtige Ereignisse und Personen der Vergangenheit werden Kenntnisse verbreitet und Bewusstsein gebildet.

Elementar sind für uns folgende Ziele: Jede*r Sozialdemokrat*in hat Gewerkschaften sowie Tarif- und Sozialpartnerschaft verstanden, jede*r Gewerkschafter*in Sozialdemokratie und Parlamentarismus durchdrungen. Sie müssen Teile des jeweiligen Selbstverständnisses sein.

Zur besonderen Verantwortung für die Jugend gehört: Jede*r Funktionär*in und jede*r Mandatsträger*in der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie muss ein Wochenende im Jahr der politischen Bildung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen widmen.

... einfach beginnen!

Orte der politischen Bildung sind Versammlungen und Seminare in Parteien und Gewerkschaften und alle ihre Medien. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss immer das Ziel haben, die sozialdemokratischen Visionen umzusetzen. Das gilt nicht nur für die Bundesebene: Jede Ebene in Partei und Gewerkschaft kann und muss politische Bildung selber gestalten können.

Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Häuser³ müssen sich öffnen und Leuchttürme politischer Bildung vor Ort sein.

Selbstbildung muss unterstützt werden, z.B. indem Literaturempfehlungen erstellt und verteilt werden. Bücher, die bedeutsam für die politische Bildung, aber vergriffen sind, müssen wieder aufgelegt werden oder Restexemplare zugänglich gemacht werden.

Die Chancen der digitalen Medien müssen für die politische Bildung genutzt werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

³ auch nur Büros

*Der Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafter*innen setzt selbst um. Wir unterstützen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften durch unsere Expertise für Fachtagungen, Vorträge und Seminare der politischen Bildung. Unser Ziel ist, mittelfristig eine Sommerschule für die Soziale Demokratie. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der SPD, den DGB-Gewerkschaften sowie anderen befreundeten Organisationen weiter auszubauen und zu intensivieren.*

Das ist neben dieser Springer Erklärung der Beitrag zu „Solidarität. Bewusstsein. Bilden“

Springe, Dezember 2017